

Chinesische Entwicklungshilfe als Modell

Autor(en): **Schmidt, Klaus Jürgen**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **67 (1973)**

Heft 10

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142239>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Chinesische Entwicklungshilfe als Modell

Die Bilanz der Zusammenarbeit zu Beginn der siebziger Jahre ist für die armen Länder hoffnungslos. Während die Preise für Fertigfabrikate in den letzten Jahren ständig gestiegen sind — und von den Abnehmerländern in der Dritten Welt bezahlt werden müssen — blieben deren Preise für ihre Rohstoffe aufgrund des Diktats der Industrieländer stets etwa auf dem Stand von 1963. Kolumbien konnte im Jahr 1954 mit 14 Sack Kaffee einen Jeep kaufen, 1969 wurden dafür 43 Sack Kaffee gefordert.

Ende 1969 hatten achtzig Entwicklungsländer Gesamtschulden in Höhe von 59 Milliarden Dollar, das Doppelte ihrer Auslandsschulden von 1961, oder 4,7 Milliarden Dollar mehr als ihre gesamten Importeinnahme im Jahr 1970. 1970 verwandten die Länder der Dritten Welt 5,9 Milliarden der insgesamt 14,2 Milliarden Dollar Darlehen, alte Schulden und Zinsen zu bezahlen.

In seiner Eröffnungsansprache vor der Welthandelskonferenz am 13. April 72 führte der chilenische Präsident Allende die wirtschaftliche Rückständigkeit der Dritten Welt auf «koloniale und neokoloniale Ausbeutung von außen her und auf die Klassenausbeutung im Innern» zurück. Er wies darauf hin, daß es jetzt den armen Ländern selbst obliege, die Verantwortung für ihre Entwicklung zu tragen. Die Konsequenz ist für immer mehr dieser Staaten die Abkehr vom kapitalistischen Weg, der Aufbau eines nationalen sozialistischen Systems.*

Bereits 1961 wagte es ein westdeutscher Politiker, der seinerzeitige sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Helmut Kalbitzer, eine erfolgreiche Entwicklungspolitik der armen Länder so zu definieren: «Wir gehen von der Voraussetzung aus, daß die Ausbeutung von Menschen durch andere Menschen mit Hilfe überlegener wirtschaftlicher, kultureller oder staatspolitischer Machtmittel ein Unrecht ist, das es zu überwinden gilt . . . Das Ziel einer ausbeutungsfreien Gesellschaft für den einzelnen wie für die Völker nennen wir Sozialismus.»

In seinem Buch über «Entwicklungspolitik zwischen Angst und Armut» schrieb Freimut Duve 1971: «Zehn Jahre nach dieser moralischen Begründung des Sozialismus in der Dritten Welt ist es mit dem Hinweis auf Unrecht und auf die Menschenrechte nicht mehr getan, die Welt ist zynischer, aber auch ängstlicher geworden. Heute läßt sich nachweisen, daß die kapitalistisch organisierten Entwicklungsstaaten zwar durchaus zu raschem, statistischem Wirtschaftswachstum fähig sind und zunächst vermögen, die sozialistischen zu überrunden, daß sie

* Die Reaktion der kapitalistischen Großmacht auf einen solchen Versuch ist uns seither in Chile vordemonstriert worden. Red.

sich aber durch den in ihrem System angelegten Dualismus, durch die unmittelbar wirksam werdenden Ausbeutungsmechanismen selbst blockieren. Indien, Brasilien, aber auch Argentinien und die Elfenbeinküste sind dafür beredte Beispiele.»

Der deutsche Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Erhard Eppler, befürwortet die Zusammenarbeit auch mit revolutionären Systemen — wenn auch mit der gebotenen Zurückhaltung, wie das wohl in einem Land, in dem «Sozialismus» noch als Schimpfwort gilt, erforderlich ist: «Wir müssen also flexibel, pluralistisch, vielleicht sogar durchaus widersprüchlich ansetzen, zum Beispiel gleichzeitig an die Einsicht bei den herrschenden Kräften appellieren, etwa beim jüngeren, sachorientierten Management, gleichzeitig aber reformistische Gruppen ermutigen und fördern und mit den revolutionären Elementen im Gespräch bleiben. Entscheidend ist die Chance, tatsächlich Strukturen zu dynamisieren». (28. Jan. 1970 in Montreux.)

Doch die radikale Abkehr der Entwicklungsländer von den kapitalistisch orientierten Industriestaaten wird nicht zuletzt durch ihre Erkenntnis gefördert, daß angesichts der Wirtschaftsmacht der **großen internationalen Unternehmen** die Bekenntnisse von Politikern wirkungslos bleiben. Präsident Allende sagte in seiner Rede vor den Delegierten der UNCTAD-Konferenz: «Diese Gesellschaften sind in Wirklichkeit zu einer über den Nationen stehenden Macht geworden, die unkontrollierbar zu werden droht. Die UNCTAD sollte solche Bedrohung sehr ernsthaft untersuchen.»

Aber genau dies leistete die Welthandelskonferenz nicht. Sie verweigerte den armen Ländern ferner die Beteiligung an den Entscheidungen über die Regeln des internationalen Währungssystems, die nach wie vor von einer kleinen Gruppe reicher Länder bestimmt werden. Den Ländern der Dritten Welt bleibt noch die Möglichkeit, jetzt Umschau nach anderen Modellen zu halten. Erstmals vertreten war auf einer UNCTAD-Sitzung die Volksrepublik China, selbst ein Entwicklungsland, das entgegen den Prognosen westlicher Experten, gegen den ungeheuren Druck der Großmächte seine Entwicklung aus eigener Kraft schon recht erfolgreich betrieben hat. Am 20. April erläuterte Dschou Hua-min vor den Delegierten aus 141 Staaten den chinesischen Weg:

«Im langwierigen Kampf hat das chinesische Volk die tiefgehende Erkenntnis gewonnen, daß ein Land, um seine Volkswirtschaft zu entwickeln, zuerst einmal politische Unabhängigkeit und Selbständigkeit erringen muß und daß es, um seine Unabhängigkeit zu konsolidieren, seine Wirtschaft entwickeln muß. Und um seine Wirtschaft zu entwickeln, ist es in erster Linie notwendig, das Prinzip des Selbstvertrauens zu befolgen, das heißt, sich auf die Kraft des eigenen Volkes zu verlassen und von seinen eigenen Ressourcen vollen Gebrauch zu machen.

Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Selbstvertrauen bedeuten nicht Selbstversorgung aus eigener Produktion und Abgeschlossenheit.» Solche Erkenntnis geht nicht zuletzt auf die Erfahrungen der Chinesen mit den Kommunisten Moskauer Prägung zurück: Im Sommer 1960 wurde deutlich, wie die Dogmatiker des Kreml ihre eigene, sogar Freunden gewährte, Entwicklungshilfe versehen: um den ideologischen Führungsanspruch der sowjetischen KP-Spitze durchzusetzen, zog Moskau seine Ingenieure und Berater gerade in der Aufbauphase der chinesischen Industrie zurück, stellte es seine Wirtschaftshilfe an die Volksrepublik China total ein. Doch trotz seiner außerordentlich dünnen Kapitaldecke ist China seit 1965 schuldenfrei — eine ungeheure Leistung für ein Entwicklungsland!!! Als Konsequenz dieser Erfahrung müssen die Prinzipien verstanden werden, die der chinesische Vertreter der Welthandelskonferenz darlegte:

«Wir sind der Ansicht, daß ein Hilfe gebendes Land, ganz gleich, welche Form die wirtschaftliche Hilfe nimmt, streng die Souveränität der Empfänger-Länder respektieren sollte, diese Hilfe nicht an irgendeine Bedingung binden darf, keine Privilegien fordern kann, ihnen wirklich helfen muß, eine unabhängige nationale Wirtschaft zu entwickeln, ohne ihnen Lasten aufzubürden. . . . Wir sind entschieden gegen jeden Versuch, vermittels (sogenannter) Hilfe die Hilfe empfangender Länder unter Kontrolle zu bringen, zu plündern und eine subversive Tätigkeit in diesen Ländern zu beginnen.» (a. O.)

Genau dies aber wird dem chinesischen Engagement in Entwicklungshilfe oft als Motiv unterstellt. Vor zwei Jahren begannen chinesische Techniker zwischen Daressalam in Tansania und Lusaka in Sambia eine rund 1600 Kilometer lange Eisenbahnlinie zu bauen, die diese Länder von der Bahnverwaltung der rassistischen Regierung Rhodesiens unabhängig machen soll. Das Projekt, für das die Volksrepublik China ein zinsloses Darlehen von umgerechnet 1,7 Milliarden D-Mark gewährte, war zuvor von allen angesprochenen westlichen Geldgebern abgelehnt worden.

Wie sehen dies die Afrikaner selbst? Die im westafrikanischen Staat Mali erscheinende Zeitschrift «Essor» schrieb am 30. Dezember 1970: «Seit China in Tansania eine Bahn baut, die europäische Mächte nicht bauen wollten, beginnen die Unterentwickelten China als Großmacht der Hilfe zu sehen. . . . Wir lernen da die acht Grundsätze wirtschaftlicher Hilfe kennen, die Tschou En-lai schon im Januar 1964 in Afrika bekanntgab, und die seither nicht nur eingehalten, sondern im Gegenteil zugunsten der Empfängerländer verbessert worden sind. Sie schlagen allen kapitalistischen und kaufmännischen Überlegungen so sehr ins Gesicht, daß man sich nicht wundern muß, wenn sie in westlichen Gazetten nicht publiziert werden.»

Neben den schon erwähnten Prinzipien für die Hilfe Chinas an andere Länder ist Punkt 8 des Katalogs das hervorstechendste Merkmal für den Willen der Chinesen, nicht jene Fehler zu wiederholen, die sie selbst ertragen mußten. «Spezialisten, die die chinesische Regierung zur Hilfe beim Aufbau in einem Empfängerland entsendet, werden denselben Lebensstandard haben wie Spezialisten des Empfängerlandes. Es ist den chinesischen Experten nicht erlaubt, irgendwelche besonderen Forderungen zu stellen oder irgendwelche besonderen Erleichterungen zu genießen. Wie das in der Praxis aussieht, ist einem dpa-Korrespondentenbericht aus Tansania zu entnehmen:

«Der Europäer ist in tropischen Zonen gewohnt, alle schwere Handarbeit von einheimischen Kräften verrichten zu lassen, da selbst gut trainierte Körper dem heißen Klima nicht gewachsen sind. Die Chinesen legen aber selbst Hand an, wo es erforderlich ist. Man kann sie im Hafen von Daressalam beobachten, wie sie Eisenträger auf Sattelschlepper verladen und die schwere Last selbst vertäuen. Man trifft sie auf den staubigen Pisten in Südtansania, wo sie ihre schweren Lastwagen durch Schlaglöcher und über Gefällstrecken steuern.»

Auch dies, und die Bereitschaft der Chinesen, ihr Fachwissen vorbehaltlos mitzuteilen, unterscheidet die Hilfe der Volksrepublik China von den Absichten, mit denen sich sowohl das freie Unternehmertum des Westens als auch die staatlichen Förderer aus dem sowjetischen Einflußbereich in den Ländern der Dritten Welt engagieren. Bleiben wir bei der sowjetischen Hilfe:

Als die Amerikaner 1956 ihr Angebot, den Ägyptern den Assuan-Staudamm zu bauen, zurückzogen, sicherte die UdSSR der Vereinigten Arabischen Republik Kredite in Höhe von 325 Millionen Dollar zu und begann 1960 das Stauwerk mit dem Einsatz von über 1 500 Ingenieuren und Technikern zu errichten. Ägypten blieb in der Abhängigkeit Moskaus — die Entscheidung am Assuan öffnete die arabische Welt dem sowjetischen Einfluß.

Im August 1971 schlossen die Sowjetunion und Indien einen «Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit». Bereits seit 1955 gewährte die UdSSR Indien Kredite in Höhe von über 10 Milliarden Rupien und wurde damit Indiens zweitgrößter Gläubiger. Das sowjetisch-indische Handelsabkommen sieht unter anderem vor, daß Indien von 1971 bis 1975 aus den mit sowjetischer Hilfe gebauten Stahlwerken der UdSSR 150 000 bis 200 000 Tonnen Walzstahl liefert.

Als der Marxist Fidel Castro 1959 Führer des 7-Millionen-Volkes auf Kuba wurde und die Amerikaner den Zucker-Ankauf stoppten, nahm die Sowjetunion dieses kubanische Haupt-Export-Produkt ab. Dafür begann sie auf der Insel Raketen zu installieren. Den anschlie-

henden Konflikt mit den USA lösten die beiden Großmächte über die Köpfe der Kubaner hinweg.

Die Chinesen schlossen 1961 einen Fünfjahresvertrag mit Kuba, in dem sie sich verpflichteten, jährlich 500 000 Tonnen Zucker abzunehmen. Sie lieferten dafür Reis, ein Fünftel des Gegenwertes, trotz ihrer eigenen Kapitalschwierigkeiten bezahlten sie mit Dollars. Zugleich gaben sie jedoch den Kubanern den Rat, die Monokultur des Zuckeranbaus aufzugeben, um nicht für alle Zeiten von dem guten Willen der Abnehmerländer, also politisch, abhängig zu bleiben.

Fast alle Hilfeleistungen Chinas verfolgen diesen Zweck — die Unterstützung des Versuchs armer Länder, sich aus der Abhängigkeit als Rohstofflieferant zu lösen: Der Präsident der Volksrepublik Kongo erklärte am 9. März dieses Jahres bei der Übergabe einer kleinen, mit chinesischer Hilfe in Brazzaville eingerichteten Schiffswerft, «jetzt sei das kongolesische Volk imstande, Kongos Bauholz zur lokalen Verarbeitung selber auszunützen. Bald sollten nicht nur Holzboote, sondern auch andere Produkte aus kongolesischen Nutzhölzern hergestellt werden.» («Peking Rundschau», 14. April 72.)

Am 13. Januar wurde in Aden ein Protokoll zwischen der Volksrepublik China und der Volksdemokratischen Republik Jemen unterzeichnet. Es sieht den Bau eines kleinen Ackergeräte- und Eisenwaren-Werkes mit chinesischer Hilfe vor. («Peking-Rundschau», 5/72.) Die Jemen-Republik wird lernen, daß man Devisen spart, indem man die Geräte für die Landwirtschaft selber produziert. Über die Art der chinesischen Hilfe schrieb der Staatschef von Mali: «Unter den vielen Leistungen, auf die die Bevölkerung von Mali stolz ist, zählen die Projekte, die in Zusammenarbeit mit China verwirklicht wurden. Sie gehören zu den besten Geldverdienern. Sie schufen am wenigsten Probleme und trugen bedeutend zum Nationaleinkommen bei, was die beste fremde Hilfe für die delikate Zahlungsbilanz der jungen Entwicklungsländer darstellt».

Am 8. April 1972 gewährte die Volksrepublik China dem Mittelmeer-Insel-Staat Malta ein langfristiges und zinsloses Darlehen. Der sozialistische Regierungschef Domenico Mintoff hatte zuvor die NATO übervorteilt und sowjetischen Kriegsschiffen dennoch den Zugang zu Maltas Hafen verwehrt.

Zitieren wir noch einmal die in Mali erscheinende Zeitschrift «Essor»: «Jedes kleine oder mittelgroße Land, das durch technisches Wissen und Erfahrung in den Stand versetzt wird, sich von fremden Einflüssen und ausländischen Kontrollen frei zu machen, führt einen Schlag gegen den Imperialismus und stärkt damit auch Chinas Stellung.»

Klaus Jürgen Schmidt